



Samstag, 02. Mai 2026, 15:59 Uhr
~16 Minuten Lesezeit

Die Furcht vor der Freizeit

Der deutsche Staat versucht aus finanziellem Eigeninteresse, alle Lebensentwürfe zu delegitimieren, die nicht auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit hinauslaufen.

von Roland Rottenfuß
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (New Africa)

„Gehörst du mir jetzt nicht mit Leib und Seele?“, fragte Simon Legree seinen Sklaven Tom, bekannt aus dem

Roman „Onkel Toms Hütte“. Mit heutigen Verhältnissen in Deutschland lassen sich die Zustände in Harriet Beecher-Stowes Roman kaum vergleichen. Dennoch: Aktuelle Politikerreden muten teilweise wie ein Peitschenknallen über den gebeugten Körpern von Arbeitnehmern an. Überall, wo eine Menschenverwertungsmentalität Raum greift, wollen uns die Herren in den obersten Etagen ganz. Da gibt es keine Ausflüchte, kein Schonen der Kräfte, kaum Pausen. Wir sollen möglichst jung sein, wenn wir in den Arbeitsprozess einsteigen, und möglichst alt, wenn wir ihn wieder verlassen. Wir sollen mit eiserner Gesundheit gesegnet sein und uns niemals durch private Bedürfnisse von der Werkbank aufscheuchen lassen. Niemand mehr soll sich von seinem Ehepartner durchfüttern lassen und seine Zeit mit Bügelwäsche und Kindererziehung vertrödeln. Für Letzteres gibt es schließlich Kitas. Die Schlupflöcher werden rar. Teilzeit ist Drückebergertum. Jede und jeder soll nach Möglichkeit in sozialversicherungspflichtiger Arbeit für das Finanzamt rackern. Schließlich sind die Staatskassen klamm. Also doch: Wir sollen mit Leib und Seele fremden Zwecken „gehören“ – nicht mehr uns selbst. Und ausgerechnet die notorischen politischen Minderleister Friedrich Merz und Lars Klingbeil geben über das mediale Megafon den Rhythmus vor: „Hopp! Hopp!“ Unser Lebensweg steht nun in all seiner Ödnis und erschöpfenden Einseitigkeit vor uns: Ganztagschule. Vollzeitstelle. Halbherzige Pflichterfüllung bis zur Erschöpfung. Steuererklärungen noch im Altenheim. Welche Bedrohung geht offenbar für Politik und Wirtschaft von mehr Freizeit aus, die uns Bürgern zur Verfügung

stünde? Oder sind wir es, die mit „zu viel Zeit“ gar nicht so viel anzufangen wüssten?

Dass sich Menschen „totgearbeitet“ haben, wird vielfach nur als Metapher oder rhetorische Übertreibung verbucht. Auf eine wachsende Anzahl von Menschen trifft dieser Begriff jedoch buchstäblich zu. Der japanische Fachbegriff dafür – in dem fernöstlichen Land gibt es offenbar besonders viele „Arbeitswütige“ – lautet *karoshi*. Durch die Presse ging das Schicksal der Reporterin Miwa Sado, die 2013 an ihrem Büroarbeitsplatz tot aufgefunden wurde. „Als ihr Leichnam gefunden wurde, umklammerte ihre Hand noch ihr Mobiltelefon“, schildert der Sachbuchautor James Suzman den Vorfall. Die Frau habe in den Monaten vor ihrem Herztod 159 Überstunden angesammelt. Als *karo jisatsu* wird im Unterschied zu *karoshi* der bewusst gewählte Freitod von Menschen bezeichnet, die als Folge des durch Überarbeitung verursachten Stresses aus dem Leben scheiden. Das japanische Arbeitsministerium gab für 2013 die Zahl von 190 Todesfällen an, die einem der beiden „Fachbegriffe“ zugeordnet werden konnten.

In Deutschland werden Todesfälle, die direkt oder indirekt mit Überarbeitung zusammenhängen, nicht gezählt, und einen Begriff wie *karoshi* gibt es hier nicht. Man kann nur anhand von Indizien Rückschlüsse auf die Situation ziehen. So schätzt **Statista** (<https://de.statista.com/infografik/25838/geschaetzte-tode-durch-schlaganfaelle-infolge-hoher-arbeitsbelastung/>) in einer Analyse, dass in Deutschland etwa ein Todesfall durch Schlaganfall pro 100.000 Einwohner auf hohe Arbeitsbelastung zurückzuführen ist. Der **Stressreport 2025 der Techniker Krankenkasse** (<https://www.tk.de/firmenkunden/service/gesund-arbeiten/gesundheitsberichterstattung/tk-stressreport-2025->

[2208778?tkcm=ab](#)) besagt, „dass das Stressempfinden in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist“. Die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von Burnout ist im letzten Jahrzehnt um mehr als 70 Prozent gestiegen. Das klingt alles nicht so dramatisch. Allerdings reden wir von Zahlen, die noch aus dem „Vormerz“ stamme – der Ära vor Amtsantritt des gegenwärtigen Kanzlers.

Die Stimmung, die vor allem innerhalb der politischen Blase im Moment Raum greift, könnte aber der Beginn einer Dynamik sein, die karoshi in sich trägt wie eine Wolke den Regen.

Publikumsbeschimpfung als Regierungsstil

Einen wichtigen Beitrag dazu leistet ausgerechnet Friedrich Merz, der sich derzeit geradezu als Abkanzler des eigenen Wahlvolks zu profilieren versucht. Wer von Ihnen – wie im übrigen **83 Prozent der Deutschen** (<https://www.youtube.com/watch?v=eBFxmWkm4ms>) – unzufrieden mit „seinem“ Bundeskanzler ist und seit einem Jahr vergebens darauf hofft, dass dieser nun endlich in die Gänge kommt, der muss jetzt lernen: Diese Unzufriedenheit beruht auf Gegenseitigkeit. Merz & Co. ziehen in schnoddrigem Tonfall über ihre potenziellen Wähler her, als seien sie selbst „Souveräne der Demokratie“, die Bürger dagegen nur eine zu hart gewordene Knetmasse.

Friedrich Merz hat aus dieser Form der Publikumsbeschimpfung eine genüsslich exekutierte Kampagne gemacht. Kaum eine Gelegenheit lässt er verstreichen, um mehr Härte, Schweiß und Leistungsbereitschaft anzumahnen. Am 19. Januar 2026 rief der Kanzler während einer **Rede im Baden-Württembergischen**

Landtagswahlkampf (<https://www.youtube.com/watch?v=JpRFLyIia8I>) aus:

„Wohlstand! Sozialstaat! Verteidigungsfähigkeit! Meine Damen und Herren, das geht nicht mit einem Land, das im wirtschaftlichen Abschwung ist, das sich wirtschaftlich aufgibt. Mit einem Land, das nicht bereit ist, Leistungen zu erbringen.“

Die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit sei nicht allein eine wirtschaftspolitische Frage.

„Das ist eine Frage an unsere Einstellung, an unsere Mentalität. Sind wir so wie unsere Eltern und unsere Großeltern bereit, in einer solchen Zeit mit solchen Herausforderungen, uns alle gemeinsam noch mal richtig ins Zeug zu legen, uns anzustrengen und richtig zu zeigen, dass wir bereit sind, etwas Außergewöhnliches zu leisten?“

Nicht die Regierung – also auch er – sind somit schuld am Niedergang der deutschen Wirtschaft; ein unklar benanntes Kollektiv trägt dafür die Verantwortung: „wir“ – also die Bürger und Arbeitnehmer.

„Wir sind das Land, das sich mittlerweile leistet, mit eine der wenigsten Jahresarbeitsstunden zu arbeiten auf der ganzen Welt. [...] Die Schweizerinnen und Schweizer arbeiten im Durchschnitt 200 Stunden länger im Jahr als wir. Sind die so anders als wir? Gibt's da irgendwelche genetischen Gründe?“

Auf dem Weg zur Work-Work-Balance

Nun ist es ja nicht zu leugnen, dass es auch Arbeitsunlust bei Teilen des Volkes gibt und einige, die sich auf Kosten der Leistungsfähigeren irgendwie durchzuwursteln versuchen. Die

Frage ist nur: Ist das ein Phänomen, das in Deutschland signifikant häufig vorkommt? Und falls ja – welche Ursachen, außer tief verwurzelten charakterlichen Defiziten bei den Deutschen, könnte es geben? Auffällig ist vor allem, dass sich Merz offenbar auf die „Work-Life-Balance“ eingeschossen hat. Aber was wäre das für ein Land, in dem die meisten Bürger ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit *nicht* erreichen, ja nicht einmal wünschen würden?

Menschen mit Workaholiker-Neigung gehören meines Erachtens in Behandlung, nicht an die Werkbänke oder in die Büros.

Es ist doch nichts natürlicher als das: Die meisten Deutschen wollen noch ein Leben außerhalb der Arbeit für Entspannung, Freizeitgestaltung, Freunde und Familie. Wenn sie dann doch arbeiten, sollte diese Tätigkeit erfüllend und Ausdruck der Werte und der Persönlichkeit des Arbeitenden sein. Was denn sonst? Eine solche Mentalität aber versuchte Friedrich Merz in den letzten Monaten kampagnenartig zu delegitimieren – so als hielte er eine Work-Work-Balance ernsthaft für eine machbare und wünschenswerte Lösung. Merz **drohte den Deutschen** (<https://www.youtube.com/shorts/xG0iVpoolkg>):

„Ein Land, das mit Work-Life-Balance und 4-Tage-Woche mehr beschäftigt ist als mit seiner Wettbewerbsfähigkeit, wird den Wohlstand, den wir heute haben, nicht erhalten können.“

Sein Bild von den Deutschen ist bitter: Wer nicht ohnehin in der sozialen Hängematte lungert, nutzt ihm zufolge jede Gelegenheit, um sich wegen eines Wehwechens durch Krankschreibung abzuseilen.

„Wir haben in Deutschland 14,5 Tage im Durchschnitt der Beschäftigten Krankheitstage. [...] Das sind fast drei Wochen, in denen

*die Menschen in Deutschland aus Krankheitsgründen nicht arbeiten.
Ist das wirklich richtig? Ist das wirklich notwendig?“*

Wir steigern das Bruttosozialprodukt

Sicher gibt es Krankschreibungen, hinter denen keine ernsthafte Krankheit steckt. Aber Merz verbreitet hier die naive Annahme, viele Arbeitsstunden führten automatisch zu viel sinnvollem Output. Er suggeriert, dass Lügen von Arbeitnehmern über ihren Gesundheitszustand zu einem Massenphänomen geworden seien.

Die Popgruppe „Geier Sturzflug“ machte sich in den 1980er-Jahren in ihrem Lied „Bruttosozialprodukt“ über eine Ära lustig, in der sich Politiker wohl ebenfalls als Antreiber ihres Wahlvolks verstanden.

*Die Krankenschwester kriegt 'n Riesenschreck.
Schon wieder ist ein Kranker weg.
Sie amputierten ihm sein letztes Bein.
Und jetzt kniet er sich wieder mächtig rein.*

*Wenn sich Opa am Sonntag auf sein Fahrrad schwingt
Und heimlich in die Fabrik eindringt,
Dann hat Oma Angst, dass er zusammenbricht,
Denn Opa macht heute wieder Sonderschicht.*

Einer sollte besser gar nicht mehr arbeiten

Was so eine Mentalität verkennt: Durch Arbeitsheroismus werden Krankheiten nur verschleppt, nicht geheilt. Oft besteht Ansteckungsgefahr für die Kollegen des „Helden“ – zumindest

dürfte dieser sein übliches Leistungsniveau nicht erreichen können und länger brauchen, bis er vollständig genesen ist.

In einer weiteren Passage seiner Rede beschwört Friedrich Merz die kernige Nachkriegsgeneration:

„Unsere Eltern haben sich auch nicht beklagt, als sie vor dem Neuaufbau der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg standen. Sie haben angepackt. Waren die damals verzweifelt? Resigniert? Haben die über Work-Life-Balance gesprochen und über 4-Tage-Woche?“

Sie hatten damals vielleicht auch keine Politiker, die zum Verzweifeln waren. Wegen einer offenbar funktionierenden Wirtschaftspolitik entstand für viele das Gefühl eines Aufwärtssogs. Aber differenzierte Analysen sind nicht so des Kanzlers „Ding“.

Pauschalverurteilungen liegen ihm mehr. Bei einer **Rede beim Bundesverband Deutscher Banken**

[\(https://www.tvö.de/amp/sind-die-deutschen-zu-faul-friedrich-merz-kritisiert-erneut-die-arbeitsmoral-der-deutschen-809432/\)](https://www.tvö.de/amp/sind-die-deutschen-zu-faul-friedrich-merz-kritisiert-erneut-die-arbeitsmoral-der-deutschen-809432/)

im April 2026 befand Merz: „Wir haben uns ausgeruht. Wir sind ein bisschen zu bequem geworden.“ Dies kann man durchaus als eine Verhöhnung jener Werktätigen empfinden, die über Jahrzehnte fleißig gearbeitet haben, um jenen gemeinschaftlichen Wohlstand zu schaffen, die die Politikergeneration um Friedrich Merz, Lars Klingbeil und Robert Habeck jetzt dabei ist zu verspielen.

Bei einem Deutschen wünschte man sich jedenfalls, er würde weniger oder am besten gar nicht mehr arbeiten: Friedrich Merz.

Seine „Leistungen“ in den vergangenen 12 Monaten zeigen vor allem eines: In manchen Fällen ist Gar-nichts-Tun nicht das Schlimmste.

Double Income – Kids in die KITA!

Flankierend zu Merz' Kampagne versuchte nun auch **Grünen-Chefin Franziska Brantner** (https://www.youtube.com/watch?v=jM_8ELGTdGk) Familienmodelle zu delegitimieren, bei denen nicht beide Erwachsenen Vollzeit arbeiten. Das Narrativ, mit dem das Gesellschaftsmodell „Double Income – Kids in die KITA“ verkauft werden soll, lautet: Keine „Fehlanreize“ mehr und vor allem: Frauenpower. Sollte sich ein Paar darauf einigen, dass die Frau weniger arbeitet als der Mann und sich mehr für Kinder und Haushalt engagiert, wird das der etablierten Politik mittlerweile nur noch als Kniefall vor den Rollenklischees des Patriarchats interpretiert. Dabei zeigt eine einfache Überlegung, dass es sich dabei um ein Scheinargument handelt: Auch Männer können zuhause bleiben, Frauen den Hauptlebensunterhalt für die Familie verdienen. Wenn das – noch – selten vorkommt, liegt es nicht an falschen familienpolitischen Weichenstellungen, sondern an individuellen Lebensentscheidungen, die oft auch dem Bedürfnis von Frauen entgegenkommen.

Wo sich beim „Double-Income“-Modell Lücken bei der Versorgung der Kinder auftun, hat die Politik nur eine Antwort: ein besserer Ausbau von Kitas. Das heißt: Immer mehr Kleinkinder werden in immer früherem Alter in überfüllten Einrichtungen mit überforderten Betreuern geparkt, sind dem Geschrei der Gruppe und dem Dominanzgebaren kleiner „Alpha-Tiere“ ausgesetzt. Faktisch bedeutet dies die Vertreibung der Stille und der Qualität des Alleinseins aus dem Leben von Millionen Kindern – nebst der frühen Erfahrung, den Eltern nicht allzu wichtig zu sein. Bei Franziska Brantner klingt das so: „Wir müssen endlich auch politisch handeln. Dafür sorgen, dass es gute und verlässliche Kinderbetreuung gibt, faire Löhne für alle und endlich auch keine steuerlichen Anreize mehr dafür, dass man weniger arbeitet.“

In diesem Zuge soll das Modell der Familie als Solidargemeinschaft zerschlagen werden. Jeder und jede muss „auf eigenen Beinen stehen“, soll sich also überwiegend als Individuum und weniger als Teil eines Paares oder eine Familie empfinden. Und vor allem: Keiner der beiden Partner soll sich länger davor drücken können, jährlich tausende von Euro ans Steuersäckel abzudrücken. Schließlich haben wir es mit einem notleidenden Staat zu tun, dessen Nutzen der Bürger mehren und von dem er Schaden wenden muss.

Jeder und jede kämpft für sich allein

So ist es denn auch kein Zufall, dass gerade Finanzminister Lars Klingbeil die Kampagne gegen das Ehegattensplitting anführt, die derzeit in vollem Gange ist. Seine **Rede am 25. März 2026** (https://www.youtube.com/watch?v=rTBP_wbW56c) zeugte geradezu von Hass auf die Freizeit. Dieser galt in Wahrheit aber wahrscheinlich nicht der Muße selbst, sondern der Weigerung vieler, ihr gesamtes Leben dem Auffüllen der Kassen des Finanzamts zu weihen. Gemeinsame steuerlich Veranlagung von Ehepartnern mit der Folge von Steuerersparnis heißt bei Klingbeil „steuerlicher Fehlanreiz“.

Mehr Zeit für sich selbst, für den Partner, für Kinder und Hobbys heißt „Teilzeitfalle“. In Letztere versuchte ein perfider Sozialstaat speziell Frauen zu locken. Nun will der weiße Ritter Lars die Frauen aus der Drachenhöhle ihrer Abhängigkeit von einem Geschlecht befreien, dessen Existenzberechtigung ohnehin in den Zeiten von Christian Ulmen und Jeffrey Epstein obsolet geworden ist.

Mit vor Entsetzen geweiteten Augen beklagt Klingbeil, „dass 35 Prozent der nicht erwerbstätigen Frauen keinen finanziellen Vorteil darin sehen, überhaupt zu arbeiten.“

Die Lösung? „Und ich will, dass das Ehegattensplitting in seiner heutigen Form für zukünftige Ehen abgeschafft wird. Eine Reform könnte zur Besetzung von zehntausenden Vollzeitstellen führen.“ Irrelevant ist für den Minister wohl die Tatsache, dass all die Vollzeitstellen für arbeitswütige Ex-Hausmütterchen in den Zeiten von KI, internationalem Konkurrenzdruck und Deindustrialisierung Deutschlands ja nicht so leicht zu schaffen sind.

Als willkommene Ergänzung seines politischen Kurses begrüßt Klingbeil auch, dass Gesundheitsministerin Nina Warken „einen Vorschlag macht, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten in der Krankenversicherung abzuschaffen“. Dazu sagt der Minister: „Beide Reformen zusammen könnten Fehlanreize auf dem Arbeitsmarkt beseitigen. Die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Frauen könnte dadurch auch gestärkt werden.“

Regierungsamtlicher Furor gegen die Freizeit

Aber nicht nur alle Frauen und Männer, auch sämtliche Kinder sollen in die Tretmühle ganztägiger Verpflichtungen eingeschleust werden. „Wir bauen die Betreuungsstruktur in unserem Land weiter aus. Ganztagschulen müssen überall die Regel und nicht die Ausnahme sein.“ Vorbei mit den freien Nachmittagen, die in meiner Jugend noch Usus waren, schon heute jedoch vom Aussterben bedroht sind. Schule – und somit auch die durch Schule propagandistisch vermittelten Staatsnarrative – soll zu einem den ganzen Tagesablauf junger Menschen überwuchernden, unausweichlichen Zwang werden.

Des Ministers Furor gegen die Freizeit und die mit dieser assoziierten Arbeitsscheu trifft konsequenter Weise auch die Sozialleistungen.

„Fehlanreize bei den Sozialleistungen müssen weg. Mehrarbeit darf nicht bestraft werden, und es braucht gerade deshalb die beschriebene Reform der Transferenzugsraten. Mehr Arbeit muss sich immer lohnen.“

„Fehlanreize beseitigen“ klingt harmlos, wie der gerechtfertigte Entzug unverhältnismäßig edelmütiger Vergünstigungen. Die Wahrheit ist brutaler: Der Staat will Menschen bestrafen, die relativ gesehen weniger arbeiten wollen und dafür in Absprache mit ihren Familien eine praktikable Lösung gefunden haben.

Teilzeit kann Lebensqualität bedeuten, einen schonenderen Umgang mit den eigenen Nerven, mehr Kraft für die schönen Dinge des Lebens, Aufmerksamkeit, die den Kindern und dem Partner zugutekommt. Nicht zuletzt vielleicht auch mehr Zeit, um sich politisch zu informieren und zu engagieren – ein Szenario, das die Mächtigen offenbar fürchten wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser. Ja, die wenig „geschmackssichere“ Auswahl unseres politischen Führungspersonals durch die Wähler könnte sogar die Folge der Tatsache sein, dass sie zu viel Zeit in der beruflichen Treitmühle und zu wenig zum Nachdenken aufgewendet haben. Wer Work-Life-Balance – analog zu Rechtsradikalen und zu Deep Fake Pornos – ernsthaft zu einem Feindbild aufbauen will, der will Standort-Knechte, keine mündigen Staatsbürger, die selbst wählen können, wie sie die verschiedenen „Komponenten“ in ihrem Leben mischen wollen.

Mit dem Rollator zum Arbeitsplatz

Nachdem Lars Klingbeil gerade so in Fahrt war, ist klar, dass in seiner Rede auch das Faulenzerkollektiv schlechthin Federn lassen musste: die Rentner. „Auch an die Rente müssen wir ran“, bestimmter er – wissend, dass seine eigenen Altersbezüge nach

wenigen, eher kläglichen Jahren als Bundesminister überaus üppig ausfallen dürften. Wenn schon nicht alle Senioren **kurzerhand an die Front beordert**

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-04/reservisten-verband-anhebung-altersgrenze-verteidigung-bundeswehr>) werden können, sollen sie wenigstens – wie im Lied „Bruttosozialprodukt“ – ihre morschen Knochen noch in die Fabrikhallen und die Büros schleppen.

„Mit der Aktivrente machen wir es jetzt attraktiver, nach dem Renteneintritt weiter zu arbeiten. Aber klar ist auch: Wir werden die Frage beantworten, wie wir im Rentensystem insgesamt mehr Anreize schaffen, dass Menschen später in Rente gehen.“

So der noch in der Blüte seiner Jahre stehende Klingbeil.

Nach dem Renteneintritt zu arbeiten, galt früher als No-Go und geradezu als paradox. Deshalb hieß es ja „Ruhestand“: weil man eben ab einem bestimmten Alter nicht mehr arbeiten musste, jedoch seinen Teil des kollektiven Wohlstands genießen durfte, den man selbst mit erarbeitet hat. Rentner-Arbeit ist so wenig fair und zumutbar wie Kinderarbeit, wie sie als Begleiterscheinung des Frühkapitalismus in vielen Industriestädten des 19. Jahrhunderts üblich war. Lars Klingbeil will dennoch eine Umkehr des in den letzten Jahren grassierenden Trends zur Frühverrentung erzwingen. Diese war ja auch als Chance für nachrückende junge Menschen gedacht, schneller die Arbeitsplätze verdienter Greise zu übernehmen, die allzu lange an ihren Sesseln festgeklebt waren. Der Finanzminister will, „dass wir aufhören, ein frühes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu fördern. Ich fände es sinnvoller, wenn wir längeres Arbeiten fördern“. Klar.

Mehr Zwang zu nicht vorhandener

Arbeit

Die Appelle von Merz, Brantner, Klingbeil und Warken sind aus verschiedenen Gründen nicht nur inhuman, sondern auch widersinnig.

Zunächst: Es sind nicht genügend Arbeitsplätze für alle da. Automatisierung und KI-Revolution sind Faktoren, deren Bedeutung in Zukunft eher noch steigen wird und die den Raum für menschentaugliche Arbeitsplätze weiter zusammendrängen werden. Ein weiterer Grund ist Zuwanderung, die – ob man sie aus humanen Gründen nun gut findet oder nicht – unweigerlich mit einer zunehmenden Konkurrenz um Arbeitsplätze verbunden ist. Von diesen sind im Zuge der desaströsen Corona-Politik viele vernichtet worden, aber auch infolge einer Politik der systematischen Verteuerung der für die Industrieproduktion nötigen Energie. All diese Faktoren sind politisch gewollt, oder es wurde zumindest nicht mit der erforderlichen Vehemenz gegengesteuert.

In den kommenden Jahren werden Arbeitslose an ihrem Schicksal immer weniger schuld sein, gleichzeitig dafür aber immer erbitterter von der Politik als Sozialschmarotzer abgekanzelt werden.

Merz „vergisst“ bei seiner Beurteilung der Arbeitsmoral der Bürger auch, die Qualität beziehungsweise Attraktivität der Jobs zu bedenken. Über- oder Unterforderung, Monotonie in Folge von Automatisierung, der Verlust des Gefühls von Sinnhaftigkeit von Arbeit sind Phänomene, für die es multifaktorielle Ursachen gibt. Weiter werden auch mögliche Fehler von Arbeitgebern in Friedrich Merz' „Rechnung“ ausgeblendet. Wer nur charakterliche Defizite von Arbeitnehmern als Ursachen für Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit in Betracht zieht, entlarvt sich damit als autoritärer Knochen. Gerade bei Friedrich Merz, der auch durch Abschöpfen

der Erträge fremder Arbeit bei BlackRock immer oben geschwommen ist, wirkt das Bashing fleißiger, jedoch vielleicht weniger smarter Arbeitnehmer billig.

Motivation per Schwarzer Pädagogik

Motivation ist nicht nur eine Angelegenheit der vorhandenen oder fehlenden Fähigkeit von Mitarbeitern, „sich zusammenzureißen“. Der Staat schwächt durch seine nimmersatte Steuerpolitik und durch die Umverteilung von Millionensummen in die Taschen von Nicht-Leistungsträgern die Motivation, mehr zu arbeiten. Speist der Bürger mehr von seiner Zeit und Lebensenergie ins System ein, so bleibt ihm deshalb nicht unbedingt mehr Wohlstand und Lebensqualität – vielmehr werden die Erträge der zusätzlichen Wertschöpfung nicht selten vom Staatsapparat verschluckt oder umverteilt.

Hinzu kommt, dass das politische Establishment in Deutschland in puncto Leistungsfähigkeit kein Vorbild ist, sodass Appelle von Merz & Co. oft eher das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt war. „Wenn so einer mir einen Rat gibt“, so könnten viele Bürger denken, „dann ist vielleicht eher das Gegenteil richtig.“

Staat und Regierung sind nach Corona, Schuldenpaket und öffentlichem Meinungsterror nicht mehr automatisch Objekte von Solidarität und Zuneigung. Sie werden vielfach eher als Quelle von Ärger, Belästigung, Ausplünderung oder gar Erniedrigung wahrgenommen.

Fast alle Kraftquellen, aus denen sich ein Aufschwung in Deutschland speisen könnte, sind somit heutzutage versiegt. Für viele reicht die Motivation nur noch, um sich „über die Runden zu retten“, und im günstigsten Fall für das „kleine Glück“.

Vor diesem Hintergrund stimmt es besorgt, dass sich Bundeskanzler Friedrich Merz und Finanzminister Lars Klingbeil in letzter Zeit verstärkt als Antreiber der Bundesbürger inszenieren und versuchen, jede in unserer Gesellschaft bisher noch vorhandene Erwerbstätigkeitslücke mit eiserner Hand zu schließen. Schuftten wie die goldene Nachkriegsgeneration, mehr Arbeitsstunden, weniger Krankheitstage, Doppelverdiener-Haushalte als Normalfall, früherer Eintritt in die Erwerbstätigkeit, spätere Rente... So ist das Menschenmaterial notwendigerweise früher verschlissen und liegt der Rentenkasse nicht so lange auf der Tasche. Sozialverträgliches Frühableben heißt der Fachbegriff.

Simon Legree, „Besitzer“ des Protagonisten im Roman „Onkel Toms Hütte“, sieht den frühen Tod vieler seiner Sklaven eher gelassen. „Ich brauche sie auf und kaufe neue“, gab er zum Besten. Wollen Spitzenpolitiker nicht, dass wir leben? Wollen sie Biografien, die die Bezeichnung „Leben“ über das bloße Existieren, Rackern und Steuern zahlen hinaus verdienen, erschweren? Vielleicht liegt tatsächlich ein Phänomen vor, das man als „Furcht vor der Freizeit“ bezeichnen könnte. Gemeint ist die Angst der Mächtigen vor der freien Zeit ihrer Untertanen, die diese auf allerlei nicht staatsdienliche Weise nutzen könnten. Denn wer zufrieden ist, braucht weniger Ersatzbefriedigung durch Konsum. Und wer Zeit hat, denkt vielleicht mehr nach und wandelt sich auf diese Weise zu jenem Menschentyp, den Merz und Klingbeil am wenigsten gebrauchen können: dem mündigen Bürger, der kraftvoll und scharfsinnig für seine Interessen eintritt.



Roland Rottenfuß, Jahrgang 1963, war nach dem

Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 war er Redakteur beim spirituellen Magazin **connection**, später für den **Zeitpunkt**. Er arbeitete als Lektor, Buch-Werbetexter und Autorensout für den Goldmann Verlag. Seit 2006 ist er Chefredakteur von **Hinter den Schlagzeilen** (<https://hinter-den-schlagzeilen.de/>). Von 2020 bis 2023 war er Chefredakteur vom Rubikon, seit April 2023 ist er Mitherausgeber und Chefredakteur von Manova.